



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 81631 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIV/13 - 16. Januar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> | | <u>Zeilen:</u> |
|---------------|---|----------------|
| 1 | Deutschland-Problem in Bewegung Gefahr der Isolierung Bonns | 48 |
| 2 - 3 | Kirche und Konfessionspolitik Zur Journalisten-Tagung in Loccum | 68 |
| 4 - 4a | Nennis Alternative Zum Parteitag der italienischen Linksozialisten | 87 |
| 5 - 6 | Das Brot der Bürokraten Pandora-Büchse des Bürokratendeutsch | 63 |
| 7 | 22,1 Prozent Heimatvertriebene und Zonenflüchtlinge In Hamburg stammen 400 000 Bewohner aus Mitteldeutschland und den Ostgebieten | 43 |

* * *
* * *

Deutschland-Problem in Bewegung

sp - Disengagements, Aufgabe unhaltbarer Positionen, sich abzeichnende Änderung der Deutschland-Politik der Westmächte, all diese Begriffe füllen heute die Spalten der Weltpresse und bewegen Politiker, soweit sie beweglich sind. Das offizielle Bonn vernimmt dies mit großer Sorge und Beunruhigung, denn es sieht die Grundlagen seiner Politik, auf die es so fest vertraute, schwanken.

Während Verteidigungsminister Strauß vor dem Düsseldorfer "Rhein-Ruhr-Club" verkündete, die Aufrüstung der Bundesrepublik mache eine Wiedervereinigung nicht unmöglich, beschäftigen sich schon führende Staatsmänner des Westens mit den Gefahren, die sich aus einer auferstehenden Bundesrepublik für den Weltfrieden ergeben. In früheren Jahren mag die Bundesregierung als Spitzenreiter im Kalten Kriege nicht unwillkommen gewesen sein; heute fragen sich einflußreiche Kreise in der westlichen Welt, ob diese Rolle Bonn auch in der Zukunft beibehalten sollte. Der Ruf nach einer Entspannung wird lauter, ihm können sich auch die westlichen Regierungen nicht entziehen. Dies erklärt den Erfolg der USA-Reise des zweitmächtigsten Mannes der Sowjetunion, Mikojan. Er findet in den Vereinigten Staaten offene Türen; einflußreiche Politiker schenken ihm ein williges Ohr, die Industriekapitäne reißen sich um seinen Empfang, und auch die Filmwelt bemühte sich um ihn. Die politischen Folgen dieses Besuches lassen sich heute noch nicht übersehen, aber sie werden weitreichend sein. Dieser Besuch hat schon zu einer Auflockerung und zur Bereitschaft beigetragen, auch den Standpunkt des Anderen anzuhören.

Dem im 54. Lebensjahr stehenden Aderauer fällt es schwer, zu begreifen, daß die öffentliche Meinung in den westlichen Demokratien ein Faktor ist, den keine Regierung negieren kann. Diese öffentliche Meinung drängt nach Lösungen, die der Welt einen Krieg - einen Krieg im Atomzeitalter - wegen und um Deutschland ersparen. Diese öffentliche Meinung ist stark genug, Einfluß auf die Regierungen der Westmächte auszuüben, doch nach anderen Wegen zu suchen, als bei den bisherigen zu bleiben, die sich als ungangbar erwiesen haben. Nur vor diesem Hintergrund ist die aufsehenerregende Erklärung Dulles zu verstehen, die deutsche Wiedervereinigung sei auch anders zu erreichen, als nur mit dem Mittel der freien Wahlen. Die Bonner Regierung vernahm dies mit Erschütterung; sie versuchte, diese Erklärung eines mächtigen Verbündeten abzuschwächen, sie versucht nun, durch Abgesandte die Amerikaner wieder auf einen harten Kurs zu bringen. Sie übersieht dabei die Veränderung des psychologischen und politischen Klimas. Mit Beschwörungsthesen dürfen sich wohl kaum mehr Erfolge erzielen lassen. Will Bonn nun amerikanischer sein als die Amerikaner? Die weltpolitische Mächteverteilung läßt ein solches Bemühen lächerlich erscheinen.

Die Gefahr einer weltpolitischen Isolation kommt auf Bonn zu. In einer Welt, in der alles in Fluß ist, darf Starrheit kein Maxime der Politik sein. Gerade dieser Starrheit hat sich der Bundeskanzler und sein engster Anhang verschworen. Seiner Politik fehlt der Schwung und die Phantasie, die nötig sind, um mit im Fluß zu bleiben und nicht von anderen Strömungen erdrückt zu werden.

Kirche und Konfessionspolitik

s. - Es lohnt sich, einige kritische Bemerkungen zum Thema Kirche und Konfessionspolitik festzuhalten, die auf dem Journalisten-Treffen in der Evangelischen Akademie in Loccum von Kirchenmännern gemacht worden sind.

Eine dieser Feststellungen stammt vom hannoverschen Landesbischof D.Dr. Lilje. Konfessionelle Politik sei eine Folge des nicht gelungenen Gesprächs zwischen den beiden christlichen Konfessionen, sagte er. Seinen Worten war zu entnehmen, daß der leidige Streit um konfessionelle Paritäten und die hinderlichen konfessionellen Eifersüchte auf ein bestehen gebliebenes Mißtrauen zwischen beiden Konfessionen zurückgehen. Lilje sprach über die "Gnade des Nullpunktes", die hier wie in vieler anderer Beziehung verpaßt worden sei. "Wieviel Ansätze hat es gegeben, und was ist daraus geworden?" klagte der Bischof.

Belehrt über den Stand des Gesprächs zwischen den Konfessionen (vom Stellvertreter des hessischen Kirchenpräsidenten, Dr. Sucker) erschloß sich den Journalisten die Einsicht, daß es theologische Bekenntnisse und Ansichten sind, die über die Auseinandersetzungen zwischen den Konfessionen hinaus, ohne immer zutage zu treten, weit in die Tagespolitik und in das gesellschaftliche Leben hineinwirken. Aus der Perspektive des Protestantismus sind es vor allem die von Papst Pius XII. empfohlenen seelsorgerischen Bemühungen der katholischen Kirche um die vom katholischen Glauben "abgefallenen" Protestanten und das Dogma über die leibliche Aufnahme Marias in den Himmel, die das Gespräch zwischen den Konfessionen schwer machen. Die Protestanten, so wurde geklagt, seien für die Katholiken keine gleichgestellten Gesprächspartner. Der Missionseifer der einen und das Mißtrauen der anderen Seite bestimmen das Gespräch der Konfessionen untereinander mehr als die theologischen Annäherungen und persönlichen Begegnungen (zum Beispiel in Hitlers Konzentrationslagern) und der Zug zur Säkularisierung der Welt, der die Konfessionen aller in gleicher Weise bedrängt.

Die Protestanten fühlen sich in die Verteidigung gedrängt. "Es geht ein katholischer Zug durch die Welt", sagte einer der Referenten der Kirche in Loccum. Der Protestantismus mit seinem Einstehen für die Freiheit des Einzelnen und seine persönliche Verantwortung in allen Dingen des Glaubens und des weltlichen Lebens fühlt selbst die Bedräng-

nis, in die er im "Massen"-Zeitalter gerät. Es sei, als ob die Menschen der Freiheit überdrüssig geworden sind, Sicherheit der Selbstverantwortung vorzögen, eine Einstellung, der die katholische Kirche nach der Auffassung der Protestanten mehr entgegenkommt. Der kirchliche Referent, der dies berichtete, Dr. Zahnert vom "Sonntagsblatt" des Bischof Lilje, belegte diese Ausführungen unter anderem mit der Hervorhebung katholischer Züge an Luther in der protestantischen Theologie und forderte zu stärkerer protestantischer Selbstbesinnung auf.

Unbeabsichtigt ergänzte der katholische Publizist Friedrich Heer aus Wien diese Ausführungen durch den Inhalt seines Vortrages über die Intellektuellen und die Kirche. Das "Glaubensmachenwollen" sei die Stunde der Konfessionspolitiker, sagte er. Damit umschrieb er genau den Vorwurf, den die Protestanten gegen die katholische Kirche als ersten und wichtigsten erheben.

Von Heer stammt eine andere Feststellung, die auch Interesse verdient. Viele Christen, sagte er, bekämpften im Kommunismus das dritte und vierte Reich, das sie in sich selbst nicht voll überwunden hätten. Das war eine treffliche Anspielung auf frühere Glaubenskämpfe, der Prof. Carlo Schmid noch eine ähnliche Äußerung folgen ließ. Er erinnerte an Calvin, der als erster den Begriff Satelliten geprägt und die "Satelliten" der katholischen Kirche am meisten bekämpft habe. Heer meinte, der Anti-Kommunismus der Neuzeit habe zum ersten Mal diesen Druck auf die katholische Kirche gemindert. Hier tauchen Perspektiven auf, über die sich nachzudenken lohnt.

Das Thema der Zusammenkunft lautete: "Die Kirche stellt sich". Dieses Thema wurde in einer wichtigen Frage völlig verfehlt. Die versammelten Theologen scheuten sich, zu erklären, ob sie nur den einzelnen Gläubigen oder auch der Öffentlichkeit Ratschläge für die Haltung zu Atomfragen geben dürfen.

Dagegen hat Bischof Lilje die Frage, ob Staat und Kirche nicht vollkommen voneinander getrennt werden sollten, mit einem eindeutigen "Ja" beantwortet. Nur müsse man der Kirche Zeit lassen, sich auf eine solche Entwicklung einzustellen.

Nenni Alternative

U.E. Heapel

Pietro Nenni, vielgeliebter und vielumstrittener Parteichef der italienischen Linksozialisten, hat zum entscheidenden Schlag ausgeholt. Seit Donnerstagnorgen geht im Cinema Metropolitan in Neapel ein Schauspiel südländischen Temperaments und exillanter Sketchnik über die Bühne, das die Entscheidung über den künftigen Kurs der PSI bringen soll. Schon heute steht indessen fest, daß Nennis Sieg - mag er auch knapp ausfallen und von manchem Kompromiß begleitet sein - nicht aufzuhalten ist. Der Parteichef ist entschlossen, den Triumph über den Apparat der Linksozialisten, der ihm vor zwei Jahren in Venedig versagt blieb, eindeutig an seine Fahnen zu heften. Der linke Flügel der Partei indessen, also die "Jungen Leute des Apparats", die sich um Vecchiotti gruppieren, haben Nenni schon am ersten Tage des Kongresses harten und schonungslosen Kampf angesagt. Zwischen beiden steht Basso, der hochgeschätzte Parteideologe der Nenni-Sozialisten, der jedoch bei der Vorentscheidung der Provinzial-Parteitage kaum acht Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Die Gegensätze zwischen diesen drei Gruppen sind auf den ersten Blick geringfügig. Alle drei scheinen sich einig darüber zu sein, daß der Aktionspakt mit den italienischen Kommunisten, der zehn Jahre lang bestand und der schon bald zur Absplitterung der Saragat-Sozialdemokraten führte, nicht wieder erneuert werden dürfe; alle Drei sind dafür, daß die Linksozialisten künftig eine eindeutig demokratische und sozialistische Alternative gegenüber den christlichen Demokraten sein müßten. Aber diese Einigkeit ist trügerisch, weil sie völlig überwuchert wird von dogmatischen und praktisch-politischen Gegensätzen.

Nennis dreistündige Eröffnungsrede in Neapel hat zum Mißbehagen der Delegierten viele Fragen offengelassen, sie war stark darauf zugeschnitten, dem rebellischen Apparat um Vecchiotti den Wind aus den Segeln zu nehmen, aber sie machte doch immerhin deutlich, was der Parteichef unter einer "Politik der Tatsachen" versteht. Er möchte den eindeutigen Bruch mit den Kommunisten, er möchte die Einheit der Arbeiterklasse allein auf gemeinsame gewerkschaftliche Aktionen beschränkt wissen, und er möchte - wenn auch unausgesprochen - die so gewonnene politische Aktionsfreiheit dazu benutzen, die Linksozialisten als eine elastisch operierende Partei

in die italienische Innenpolitik einzubringen, also als eine Kraft, die sich unter Umständen auch nicht scheut, mit den Christdemokraten ins Geschäft zu kommen, wenn es die Erhaltung der Demokratie erfordert. Basso hat in Neapel in einer sehr profilierten, wenn auch verbitterten Rede vor einer solchen Politik und ihren Folgen gewarnt, er hat den unerbittlichen Kampf nach rechts und die Unabhängigkeit von den Kommunisten proklamiert und zugleich die Nenni-Anhänger unter Proteststürmen gefragt, ob sie nicht eher dem Mythos eines geradezu legendären Mannes, als einem wirklich durchdachten Programm folgen. Für Basso sind Einheit der Arbeiterschaft auf gewerkschaftlichem Boden und Unabhängigkeit von den Kommunisten keine Gegensätze, sondern sich ergänzende Faktoren, ohne die es keine wirklich sozialistische Alternative geben könne. Er hat seine Partei, ohne allerdings viel Gehör zu finden, in Neapel beschworen, den Führungsanspruch der Kommunisten ebenso entschieden abzulehnen wie jeglichen "Mollatismus", sondern sich vielmehr vom Gefühl der eigenen Stärke leiten zu lassen.

Der linke Flügel um Vecchiotti hingegen, der auf ein Drittel der Delegiertenstimmen hoffen kann, hat sich für eine ständige gemeinsame Politik von Linksozialisten und Kommunisten erklärt, ohne es indessen zu wagen, erneut einem festen Bündnis das Wort zu reden. Vecchiotti ging dabei nicht zuletzt von der Situation eines Welt-Konfliktes aus, bei dem nach seiner Auffassung die Sympathien der PSI eindeutig dem Sowjetblock gehören müßten.

Zu solchen Diskussionen gibt nicht nur die hoffnungslos zerrüttete Lage der italienischen Christdemokraten, sondern auch die gefährlichen autoritären Tendenzen des linken Flügels dieser Partei Anlaß. Die Furcht vor einem italienischen Gaullismus geisterte durch den neapolitanischen Kongreßsaal. Die Kommunisten setzten sich gegenwärtig für eine Zusammenarbeit mit den Neofaschisten und den Monarchisten gegen die Christdemokraten ein - ein Vorschlag, der den meisten PSI-Delegierten einfach unannehmbar erscheint.

Aber diese heftigen Fraktionskämpfe unter den Linksozialisten sind nicht nur unter kommunistischem Druck zustande gekommen, sie resultieren offensichtlich auch daraus, daß die innerparteiliche Opposition dem, was Nenni sagt, kein Vertrauen entgegenbringt, ja, daß sie ihn trotz aller Beteuerungen schlechthin verächtigt, die vielzitierte "apertura a sinistra", also die Öffnung der christdemokratischen Regierung nach links in die Wege leiten zu wollen, um Fanfani gegen die ultra-konservativen Kräfte in seiner eigenen Partei zu unterstützen.

Inzwischen sind auch die vägen Schemen einer Wiedervereinigung von Linksozialisten und Saragat-Sozialdemokraten, die vor dem Kongreß am Horizont auftauchten, wieder verschwunden. Matteotti ist mit dem linken Flügel der Saragat-Partei in Neapel, und man sagt, er habe versprochen, innerhalb von vier Wochen noch einen Sieg Nennis mit seiner Gruppe zur PSI hinüberzuwechseln. Nenni hat in Neapel unmißverständlich erklärt, für ihn gebe es eine sozialistische Einheit nur in der PSI. Die Stimmung bei den Linksozialisten ist indessen so eindeutig gegen Saragat, der sich immer wieder in das Schlepptau der Christdemokraten begeben hat, daß sie ihn heute nicht einmal dann akzeptieren würden, wenn er die Absicht hätte, bedingungslos zu Nenni überzutreten. Sagte Nenni in Neapel: "Die Sozialdemokraten sollen sich erst dessen würdig erweisen, daß wir mit ihnen zusammenarbeiten," - ein Wort, das sich nach zehn Jahren der Nenni-Kollaboration mit den Kommunisten doch recht merkwürdig ausnimmt.

Das Brot der Bürokraten

Lang lebe der Lastenausgleich! Er kommt voran! Zwar sind wir noch immer beim Feststellungsgesetz oder richtiger, bei der Feststellung des Feststellungsgesetzes; aber innerhin.

Unter dem 8. Januar 1959 hat der Stellvertreter des Bundeskanzlers, Vizekanzler Prof. Ludwig Erhard, dem Bundesrat vier neue Beweise des Fortschritts der Lastenausgleichsgesetzgebung - nicht des Lastenausgleichs selbst - zugeleitet und zwar:

"Fünfte Verordnung zur Ergänzung der Dritten Verordnung zur Durchführung des Feststellungsgesetzes";

"Dritte Verordnung zur Änderung und Ergänzung der Fünften Verordnung zur Durchführung des Feststellungsgesetzes";

"Dritte Verordnung zur Änderung der Sechsten Verordnung zur Durchführung des Feststellungsgesetzes";

"Zweite Verordnung zur Änderung und Ergänzung der Neunten Verordnung zur Durchführung des Feststellungsgesetzes".

Alle Achtung vor so viel Fleiß. Die Neugier trieb uns, den Inhalt solcher Verordnungen genauer anzusehen. Hätten wir es doch gelassen! Uns offenbarte sich die Pandora-Büchse des Bürokratendeutschs. Kein Kabarettist wäre in der Lage, sich so etwas auszudenken. Gelänge es ihm dennoch, so käme er in Gefahr, das erste Opfer des neuen Gesetzes gegen Volksverhetzung zu werden, angeklagt der Verleumdung und der Verächtlichmachung eines Teiles unserer Bevölkerung, der Bürokratie. In diesen Formulierungen hat sie ihre Weltanschauung, in der Interpunktion ihren Ritus demonstriert. Und so lese man mit feierlichem Schauer die:

"Dritte Verordnung zur Änderung der Sechsten Verordnung zur Durchführung des Feststellungsgesetzes

Vom

Auf Grund des § 43 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Buchstabe a und Abs. 2 des Feststellungsgesetzes in der Fassung des Vierten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 12. Juli 1955 (Bundesgesetzbl. I S.403) und des Achten Gesetzes zur Änderung des Lasten-

ausgleichsgesetzes vom 26. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 809) in Verbindung mit § 12 Abs. 2 und § 16 Abs. 8 des Feststellungsgesetzes verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Änderung der Sechsten Verordnung
zur Durchführung des Feststellungsgesetzes

Die Sechste Verordnung zur Durchführung des Feststellungsgesetzes (6. FeststellungsVV) vom 23. März 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 133) in der Fassung der Verordnung zur Änderung und Ergänzung der Sechsten Verordnung zur Durchführung des Feststellungsgesetzes vom 19. Februar 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 163) und der Zweiten Verordnung zur Änderung und Ergänzung der Sechsten Verordnung zur Durchführung des Feststellungsgesetzes vom 15. April 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 250) wird wie folgt geändert und ergänzt: "

(Und das alles ohne Punkte und Komma. Arme, geschändete deutsche Rechtschreibung.)

Erst dann kommt glücklich, daß hinter einem ominösen "§ 2" jeweils ein "Abs. 1" einzufügen ist - und noch etliche solcher Kleinigkeiten.

Wir wollen nicht vom Papierkrieg reden. Auch nicht davon, daß die Bürokraten sich, nach dem Willen des Gesetzgebers und ohne eigene Schuld, noch zwanzig Jahre lang mit der Materie des Lastenausgleiches beschäftigen sollen. Diese Jahre wollen ausgefüllt sein. Aber vielleicht bemühen sich die Verfasser solcher Verordnungen, sich selbst und den Lastenausgleichsberechtigten das Leben etwas leichter, ihre Texte lesbarer zu machen und fassen die mehrere Dutzend Verordnungen, zur Änderung und Durchführung ihrer Verordnungen, in einer einzigen, neuen, lesbaren zusammen. Wir hoffen, daß dieser Wunsch nicht gegen ihre Weltanschauung und ihren Ritus gerichtet ist.

R.D.

+ + +

22,1 Prozent Heimatvertriebene und Zonenflüchtlinge

(rh) Die von dem Hamburger Statistischen Landesamt veröffentlichte Statistik Hamburgs für 1958 ergibt zwei wesentliche Tatsachen: Die Bevölkerung der Hansestadt ist Ende Dezember des Vorjahres bereits auf 1.808.000 angewachsen und von dieser heutigen Bevölkerung sind 246.000 (oder 13,6 Prozent) Heimatvertriebene sowie 154.000 (8,5 Prozent) Zugewanderte aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin. Aus der Sowjetzone, aus Berlin und aus den Ostgebieten stammten demnach 400.000 oder 22,1 Prozent der heutigen Hamburger, die vor dem Kriege (laut Statistik) noch nicht in der Hansestadt sesshaft waren. Ihre Zahl hat von 1950 bis 1958 besonders stark zugenommen. 1950 zählte man 115.981 Vertriebene (oder 7,2 Prozent der damaligen Hamburger Bevölkerung von 1.605.606) und 67.655 (oder 4,2 Prozent) Zugewanderte aus der Sowjetzone und Berlin. Binnen acht Jahren hat sich der Bevölkerungsanteil dieser beiden Gruppen von 11,4 auf 22,1 Prozent verdoppelt, auf fünf Hamburger entfallen bereits 1,15 Vertriebene oder Flüchtlinge.

Auf Grund dieser Prozentsätze stellt das Hamburger Statistische Landesamt logischerweise auch fest, daß die Bevölkerungszunahme in Hamburg gegenüber der Vorkriegszeit um fast 100.000 Personen (1939: 1.711.877 Einwohner) überwiegend eine Folge des Zustroms von Vertriebenen und Zugewanderten aus der Sowjetzone und Berlin ist. Dieser Zustrom hat somit auch die Kriegsverluste wieder wettgemacht und rein zahlenmäßig auch für diejenigen Hamburger einen Ersatz geschaffen, die nach dem Kriege nicht wieder in ihre Heimatstadt zurückgekehrt sind oder noch nicht zurückkehren konnten. Das weibliche Element überwog bereits vor dem Kriege das männliche (820.154 männliche gegen 891.743 weibliche Bewohner), doch ist die Divergenz inzwischen noch weiter gewachsen: 1950 gab es 752.357 männliche und 853.249 weibliche, 1958 dagegen 833.000 männliche und 975.000 weibliche Bewohner.

Die starke Zuwanderung hat sich auch auf die Altersgliederung der Hamburger Bevölkerung wesentlich ausgewirkt und den Anteil der älteren Jahrgänge zum Teil bedeutend erhöht. Bei den Jahrgängen bis zu 35 Jahren sind auch heute noch die Kriegsfolgen deutlich zu spüren, in den allgemeinbildenden Schulen sind jetzt die geburtschwachen Jahrgänge an der Reihe. Vor dem Kriege zählte man 146.163 Kinder im Alter bis zu fünf Jahren (8,5 Prozent der Bevölkerung). 1950 waren es nur 106.683 (6,6 Prozent). Bis zum Vorjahr hat sich ihre Zahl lediglich auf 113.000 erhöht (6,3 Prozent), hat also die Vorkriegszahl noch nicht wieder erreicht, obwohl die Gesamtbevölkerung um fast 100.000 zugenommen hat.

Daß gerade die älteren Jahrgänge nach dem Kriege trotz der Kriegsverluste so zahlenstark sind, hat sicherlich die Anforderungen an den Arbeitsmarkt und den Wiederaufbau in Hamburg wesentlich erleichtert. Die Vertriebenen und Zugewanderten erwiesen sich so für die Welt- und Hafenstadt Hamburg als ein überaus positiver Gewinn.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel